

Niederschrift

Gremium			
Ausschuss für Klima und Umwelt			11. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, 51709 Marienheide			20.09.2023
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
07.09.2023		18:00 Uhr	20:17 Uhr

Anwesend sind:

Ratsmitglieder CDU

Ammermann, Harald	CDU	
Bringheli, Salvatore	CDU	
Kronenberg, Katharina	CDU	
Weber, Cornelia	CDU	Vertretung für Frau Birgit Hillrichs
Zander, Kirsten	fraktionslos	

Ratsmitglieder SPD

Geisel, Fabian	SPD
Hanke, Karl-Heinz, Dr.	SPD

Ratsmitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Schiefer, Michael	Bündnis 90/Die Grünen
-------------------	-----------------------

Sachkundige Bürger Bündnis 90/Die Grünen

Schäfer, Sebastian	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------	-----------------------

Sachkundige Bürger UWG

Schellberg, Wolfgang	UWG
----------------------	-----

Sachkundige Bürger FDP

Heringer, Reimund	FDP
-------------------	-----

Es fehlten:Ratsmitglieder CDU

Hillrichs, Birgit CDU

Sachkundige Bürger CDU

Däinghaus, Udo CDU

Sachkundige Bürger SPD

Weier, Paul SPD

Sachkundige Einwohner

Mansel, Gerhard

Platten, Florian

Schaumburg, Detmar

Verwaltung:

Meisenberg, Stefan

Dreiner, Christoph

Golinski, Sebastian

Schulze, Christina

Böker, Alexandra (Schriftführerin)

Gäste:

Teschke, Paul von der Gemeinwohlökonomie Gummersbach (zu TOP 1)

Wellmann, Stefanie von der Ofenakademie Kreis Minden Lübbecke (digital)
(zu TOP 2)

Der Vorsitzende Michael Schiefer eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Klima und Umwelt ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Nachhaltigkeitsziele in der Kommune - Vortrag der Gemeinwohlökonomie	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Herr Paul Teschke von der Gemeinwohlökonomie aus Gummersbach hält einen Vortrag über ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit dem Ziel einer ethischen Wirtschaftskultur. Er geht auf die Agenda 2030 ein mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und den Plan zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands wie Gesundheit und Wohlergehen, eine belastbare Infrastruktur, sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen, Maßnahmen zum Klimaschutz etc. Informationen zu den 17 Zielen sind unter der Homepage www.unric.org/de/17ziele einsehbar.

2	Nutzereinfluss auf Schadstoffemission bei Holzfeuerungsanlagen in Privathaushalten - Wie können Bürger*innen in Marienheide das richtige Heizen mit Holz näherbringen?	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Frau Stefanie Wellmann von der Ofenakademie aus dem Kreis Minden-Lübbecke wird zu einer hybriden Veranstaltung zugeschaltet. Sie spricht die Schulung für das richtige Heizen an und präsentiert anhand einer Grafik die Brennverhalten vor und nach der Schulung. Demnach hat sich der Holzbedarf nach der Schulung um 35 % reduziert. Sie zeigt ferner den Aufbau der Online Plattform und die Einleitung der vorhandenen Themen zum richtigen Brennverhalten incl. Videos. Sie erklärt, dass das erste zu erwerbende Paket 100 Ofenführerscheine beinhaltet aber auch, dass jeder Bürger für sich selbst ein Lehrgang buchen kann in Höhe von 40,00 €. Es besteht schnell Einigkeit darüber, dass über den Erwerb von Ofenführerscheinen noch überlegt werden muss.

3	Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW von der Arbeitsgruppe Mobilität im Klimabeirat Marienheide vom 14.08.2023, Radwegekonzept für Marienheide	Drucksache Nr. BV/094/23/1
----------	--	--------------------------------------

Herr Frank Panno vom Klimabeirat deutet an, dass die Radfahreranzahl in Marienheide gestiegen ist, jedoch viele Bürger*innen sich nicht trauen, auf den

Straßen zu fahren. “Um mehr Menschen auf das Rad zu bekommen, brauchen wir eine gute Infrastruktur; es fehlt ein gutes Konzept zur Bürgeranregung“.

Frau Christina Schulze geht auf die Inhalte des Radwegekonzeptes ein (Pendleranalyse, Bürgerbeteiligung etc.). Ferner macht sie anhand von Skizzen das integrierte Nahmobilitätskonzept Radevormwald mit den angegebenen Radpendler-, Haupt-, und Nebenrouten deutlich. Die Kosten für ein Konzept im Umfang, wie es die Stadt Radevormwald beauftragt hat, belaufen sich auf ca. 50.000,00 – 60.000,00 €.

Um eine „Doppelplanung“ zu vermeiden, stellt Frau Christina Schulze vor, welche Ergebnisse die Kommunen vom Oberbergischen Kreis im Rahmen des Integrierten Mobilitätskonzeptes des Kreises erhalten werden. So werden beispielsweise die Bürgeranregungen der Onlinebefragung, die Auswertungen der Haushaltsbefragung und die Maßnahmenempfehlungen in den kommenden Monaten den Kommunen zur Verfügung gestellt, wodurch sich diese daraus resultierenden Erkenntnisse in ein eigenes Konzept integrieren lassen.

Frau Katharina Kronenberg ist der Meinung, dass das Konzept des OBK vorerst abgewartet werden sollte um das Ergebnis prüfen und aufgrund dessen eine Entscheidung treffen zu können.

Frau Christina Schulze merkt an, dass sie grundsätzlich zustimmt, eine doppelte Planung vermeiden zu wollen, sie erklärt jedoch, dass das kreisweite Konzept nicht in der Tiefe Ergebnisse liefern wird, dass in jeder Kommune Empfehlungen zu Radwegeverbindungen aufgezeigt werden, weshalb eine eigenständige Untersuchung des Radverkehrs innerhalb des Gemeindegebietes empfohlen wird.

Herr Sebastian Schäfer betont, dass die Radwege besser markiert werden sollen.

Es entsteht eine Diskussion, woraus der Beschlussvorschlag aus der Beratung beschlossen wird.

BM Meisenberg schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, die erforderlichen Schritte zur Erstellung eines Radwegekonzeptes einzuleiten.

Es werden Gespräche mit Beteiligten geführt und erste Angebote eingeholt. Im Frühjahr erfolgt sodann die Auftragsvergabe. Der Beschluss wird sodann einstimmig beschlossen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, dass in 2024 ein Radwegekonzept für Marienheide erstellt wird, welches die möglichen Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse des Mobilitätskonzeptes des Oberbergischen Kreises berücksichtigt.	

4	Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien; Verwaltungsinterne	Drucksache Nr. IV/086/23
----------	--	------------------------------------

	Stellungnahme der Gemeinde Marienheide	
--	---	--

Herr Christoph Dreiner geht auf die geplanten Änderungen des Landesentwicklungsplanes NRW (LEP) für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein und erläutert u.a. die Flächenbeitragswerte bzw. Zielvorgaben zum Ausbau der Windenergie. Weiter werden die Potenzialflächen aus der LANUV-Studie in Marienheide anhand einer Karte gezeigt. Er erklärt weiter das Vorgehen der Regionalplanungsbehörde zur Bestimmung und Festlegung von Windenergiebereichen, die sich u.a. auch aus den LANUV-Kriterien ergeben werden. Die räumliche Steuerung der Windenergie wird sich zukünftig auf die Regionalplanungsebene verlagern. Außerhalb dieser Windenergiegebiete sei die Errichtung einer Windenergieanlage nicht mehr ein im Außenbereich privilegiertes Vorhaben und demnach planungsrechtlich unzulässig, sofern die Flächenbeitragswerte zum Ausbau der Windenergie erfüllt werden können. Daher sei auch die räumliche Verortung der Windenergiegebiete im Regionalplan für die gemeindliche Bauleitplanung über das baugesetzlich vorgeschriebene sog. Anpassungsgebot essentiell. Man habe zwar immer noch die Möglichkeit auch darüber hinaus eigene, gemeindliche „Positivplanungen“ im Einzelfall voranzutreiben, jedoch nur, wenn die verbindlichen Ziele der Raumordnung außerhalb der Vorranggebiete (Windenergiegebiete) eingehalten werden. Der eigentliche Nutzungszweck des Freiraumes sei dann grundsätzlich ein anderer.

Herr Sebastian Schäfer merkt an, dass jetzt schon frühzeitig mit den Bürgern*innen in die Diskussion gegangen werden muss, um klarzustellen, welche Flächen infrage kommen. Auf die Ergebnisse von der Bezirksregierung Köln sollte nicht gewartet werden.

Es entsteht eine längere Diskussion. Herr Christoph Dreiner äußert grundsätzlich Verständnis dafür, dass man die Planungen nicht von „oben“ diktiert bekommen möchte, stellt aber auch klar, dass die Gemeinde nicht mehr der Planungsträger ist, sondern die Bezirksregierung Köln. Das habe man bundes- und landespolitisch zum erheblichen Ausbau der Windenergie so gewollt und beschlossen. Im formellen Verfahren sei es aber nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes gleichermaßen auch in Raumordnungsplänen geboten eine Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung durchzuführen. Am Ende beschließt sodann der Regionalrat den Regionalplan, welcher vom Ministerium genehmigt werden muss. Die Regionalplanungsbehörde habe bereits verwaltungsseitig alle Informationen zu Planungen der Windenergie aus der Vergangenheit in Marienheide erhalten. Er sichert aber zu, dass man sich zu der Anregung von Herr Sebastian Schäfer mit der Bezirksplanungsbehörde noch abstimmen werde.

5

Mitteilungen und Verschiedenes

Drucksache Nr.

Mobilstation für Fahrräder

Herr Sebastian Schäfer fragt nach der Mobilstation.
Frau Christina Schulze berichtet, dass die Lieferung der Fahrradboxen am
11.10.2023 erfolgt.

Vorsitzender:

gez. Michael Schiefer

Schriftführerin:

gez. Alexandra Böker

Gesehen:

gez. Stefan Meisenberg
Bürgermeister